Sorgen und Arbeit der Vereinten Nationen in New York

Aus dem Inhalt: Kongo, Neuformung der Armee — Kontroversen über die Malaiische Föderation — Übergabe der Verwaltung Westneuguineas an Indonesien — Neue UN-Beobachtermission im Jemen — Weltraumgesetzgebung — Tätigkeit des Sicherheitsrates: Beschwerde Senegals über Portugal, Ghana fordert Überprüfung eines Berichts über den Tod Patrice Lumumbas, Kaschmirstreit — Entkolonisierung: Sanktionen gegen Portugal, Gespräche in London über Südrhodesien, Südwestafrika und Aden — Finanzierungssorgen und Polizeitruppe — Soziale Weltlage — Bericht über eine Dekade sozialer Entwicklung — Der Druck steigender Weltbevölkerung — Sozialer Strukturwandel — Kommission für die Rechtsstellung der Frau — Sonderkonferenz für die Finanzierung der Friedensaktionen.

Einleitung

Die Vereinten Nationen erhielten eine große moralische Unterstützung durch die Enzyklika des Papstes an alle Menschen guten Willens. Generalsekretär U Thant begrüßte die Botschaft des Papstes als einen herzerwärmenden und edlen Ruf für Maßnahmen wie Abrüstung und Atomtestbann. Ihr Inhalt sei sicherlich in Harmonie mit den Zielen und Zwecken der Vereinten Nationen. Der Buddhist U Thant unterstrich, daß die Botschaft nicht allein an Katholiken gerichtet sei, sondern an alle Menschen auf Erden — sie sei tatsächlich ein Appell zum Überleben der Menschheit.

Die Vereinten Nationen brauchen mehr denn je die Unterstützung aller Menschen guten Willens, denn in allen Verhandlungen, die in der Berichtszeit März und April am Hauptsitz am East River in New York stattfanden, zeigten sich wiederum die Schwierigkeiten, die sich dem Werk der Friedenserhaltung auf Erden und im Weltraum entgegenstellen und sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt hemmen. U Thant selber flog als Missionar für die Idee der Vereinten Nationen durch die Welt. Nach einer ersten Station in Genf, wo er mit den Leitern der verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen zusammentraf, flog er nach Bukarest und Belgrad. Später wird der Generalsekretär an der afrikanischen Gipfelkonferenz in Addis Abeba, der Hauptstadt Abessiniens teilnehmen und dort mit den Regierungshäuptern fast aller afrikanischer Staaten zusammentreffen. In den Vereinten Nationen wird dieser afrikanischen Konferenz größte Bedeutung beigemessen, weil hier der erste Stein zu einer „Afrikanischen Föderation" gelegt werden mag.

Auch in den Räumen am East River standen Afrika betreffende Fragen meist im Vordergrund der zahlreichen Beratungen. Es ging in politischen Fragen weniger um Probleme, die im Augenblick im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stehen — so wurde die neue Laos-Krise außerhalb der Vereinten Nationen behandelt —, sondern mehr um Arbeiten an laufenden Problemen, die keine Schlagzeilen brachten, aber doch nötig sind, um die Entwicklung vorwärts zu treiben. In Missionen von Mitgliedern des Stabes und Delegierten zu möglichen Brandherden wie dem Jemen und Südostasien wurde immer wieder der Versuch deutlich, die Weltorganisation als Mittler einzusetzen, und den Ausbruch von Großbränden zu verhüten, so lange es noch Zeit ist.

I. Politische Probleme

1. Kongo — Die Neuformung der Armee

Im Beirat des Generalsekretärs für den Kongo kam es zu einem offenen Bruch zwischen dem Vertreter des Kongo und den Delegierten Ghanas und der Vereinigten Arabischen Republik Nassers. Es ging um die Reorganisierung der kongolesischen Truppe. Der Kongo besteht auf seinem souveränen Recht, sich die Länder aussuchen zu können, die bei dieser Organisierung helfen sollen. General Mobutu beschrieb den Ausbildungsplan: Belgien würde Offiziere und Unteroffiziere schulen; Italien solle Luftflottenpersonal ausbilden und Norwegen Einheiten der Flotte; Israel solle die Ausbildung von Fallschirmtruppen übernehmen; Kanada den Nachrichtenstab trainieren, und die Vereinigten Staaten sollten logistische Unterstützung leisten und Ausbildungsmaterial liefern. Die schweren finanziellen Lasten Léopoldvilles würden erleichtert werden, indem der Kongo seine Armee um die Hälfte auf 4 000 Mann reduziere. Mehrere afrikanische Staaten, und selbstverständlich auch die Sowjetunion behaupteten, daß dieser Plan das Ergebnis eines weiteren Versuches der Westmächte wäre, durch eine neue Art von Kolonialismus den Kongo zu beherrschen. Die Afrikaner kritisierten vor allem, daß Belgien durch die Ausbildung der Offiziere einen erneuten Halt im Kongo gewinnen würde, während die arabischen Staaten protestierten, daß Israel die Ausbildung der Fallschirmspringer übernehmen solle. Die afrikanischen Staaten schlugen vor, die Ausbildung der Kongotruppen entweder selber in die Hand zu nehmen, oder verlangten, daß die Vereinten Nationen weiterhin die Schutztruppe stellen, denn nach dem Beschluß des Sicherheitsrates aus der ersten Zeit der Kongokrise müsse alle militärische Hilfe durch die Vereinten Nationen erfolgen. Aus diesem Grunde ersuchte der Kongo auch den Generalsekretär, weiterhin einen Schirm von UN-Truppen über der Reorganisierung der Kongoarmee aufrechtzuerhalten. In der bitteren Debatte verbat sich Mobutu jede unerwünschte Einmischung des UN-Beirates. Generalsekretär U Thant stimmte dem Kongo darin zu, daß er als souveräner Staat seine eigenen Entscheidungen treffen könne. Er erklärte, Premierminister Adoula bestehe nicht darauf, die Reorganisierung unter einem koordinierenden Schirm der Vereinten Nationen durchzuführen. Falls die Kongoregierung beschließe, ihren Plan durchzuführen, so könnten die Vereinten Nationen hierfür nicht verantwortlich gemacht werden. Auch U Thant wies darauf hin, daß noch immer die Entschließung des Sicherheitsrates vom Jahre 1960 gelte, die alle Staaten auffordere, sich jeder direkten oder indirekten militärischen Hilfe außer auf Forderung der Vereinten Nationen zu enthalten. Doch er betonte die Notwendigkeit der Reorganisierung der kongolesischen Kräfte ohne jeden Aufschub, besonders in Berücksichtigung der Tatsache, daß die UN-Streitkräfte aller Voraussicht nach bis Ende 1963 aus dem Kongo abgezogen werden würden. Das indische Kontingent hat inzwischen den Kongo bereits verlassen. Hinter dem Streit zwischen dem Kongo und den afrikanischen Nachbarn steht die Tatsache, daß die Vereinten Nationen einfach kein Geld mehr für weitere Aufrechterhaltung der Armee im Kongo haben. Die Kongolesen erklärten ursprünglich, daß ihnen Hilfe aller Staaten recht sei, die selber für die Ausbildungskosten ihrer Armee aufkommen würden. Doch die afrikanischen Staaten scheinen keine Mittel hierfür zu haben, während die in den Plan einbezogenen Mächte für ihren Kostenanteil aufkommen wollen. Es sieht also ganz so aus, als ob die militärische Phase der Vereinten Nationen im Kongo in wenigen Monaten ihren Abschluß finden wird. Doch fernere wirtschaftliche und soziale Hilfe wird weiterhin zum großen Teil durch UN-Kanäle erfolgen. Nach Besprechungen mit dem Generalsekretär haben die Vereinigten Staaten einen Vorschlag gemacht, in dem

eine Kombinierung von bilateraler und multilateraler Hilfe angeregt wird. Ein Wettbewerb rein bilateraler Hilfe würde nicht nur unwirksam sein, sondern auch das Risiko in sich tragen, den Kalten Krieg in den Kongo zu bringen. Die kongolesische Regierung wünscht, daß die Vereinten Nationen alle bilaterale Hilfe koordinieren und direkten technischen Beistand in Fragen wie innere Sicherheit, Devisenkontrolle und Finanzierung stellen.

2. Malaiische Föderation

Untergeneralsekretär Narasimhan führte in der zweiten Aprilhälfte in Südostasien eine Mission zum Studium der Fakten durch, die zu Kontroversen über die geplante Malaiische Föderation geführt haben. Vor seiner Abreise erklärte er, daß beträchtliche Spannung herrsche. Indonesien auf der einen Seite und Malaya und Großbritannien auf der anderen haben über die Zukunft dieser Gebiete Stellungen eingenommen, die völlig im Konflikt zueinander stehen. Auch die Philippinen erheben Anspruch auf Gebiete, die der Malaiischen Förderation angegliedert werden sollen. Nach derzeitigen Plänen soll die Föderation außer Malaya und Singapore drei Gebiete umfassen, die im nördlichen Teil der Insel Borneo liegen und zur Zeit unter britischer Kontrolle stehen: Sarawak, Brunei und Nordborneo. Indonesien, dessen Souveränität sich über den größten Teil der Insel erstreckt, erklärt, es wolle keine gemeinsame Grenze mit Malaya, das es als einen Feind betrachtet. Die Philippinen stellen Forderungen auf Nordborneo. Generalsekretär U Thant erwartet den Situationsbericht Narasimhans, um zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise zwischen den Parteien vermitteln zu können.

3. West-Irian (Westneuguinea)

Eine andere Mittleraktion der Vereinten Nationen fand am 1. Mai ihren Abschluß. Untergeneralsekretär Narasimhan übergab in feierlicher Zeremonie die zeitweilige Verwaltung der Vereinten Nationen über West-Irian, das frühere Holländisch-Neuguinea, an die indonesischen Behörden. Es wird erwartet, daß auf der Sondertagung der Generalversammlung ein UN-Entwicklungsfonds für dieses Gebiet bewilligt werden wird. Indonesien hat seine Zustimmung hierzu gegeben, und Holland hat einen Beitrag von 30 Millionen Dollar für die nächsten drei Jahre angeboten. West-Irian stand nach Verlassen der Holländer seit Oktober 1962 unter direkter UN-Verwaltung.

Zum ersten Male in ihrer Geschichte hatten die Vereinten Nationen nach Vereinbarung mit Holland und Indonesien eine solche direkte Verwaltung für eine begrenzte Zeit übernommen. Die Kosten hierfür wurden von den beiden Staaten übernommen. Pakistan stellte eine Truppe in Stärke von 1 500 Mann, die unter der UN-Flagge Polizeidienst tat. Die provisorische Regierung — „United Nations Temporary Executive Authority" (UNTEA) — wurde von Beamten gebildet, die vom Hauptsitz in New York entsandt wurden.

Die Gesundheitsoffiziere hatten bei Übernahme des Gebietes eine Choleraepidemie an der Südküste zu bekämpfen. Nach 510 Sterbefällen konnte Ende März die Epidemie dank energischen Eingreifens der Weltgesundheitsorganisation als gelöscht gemeldet werden. Die Verwaltung führte von den Holländern begonnene Projekte durch und konnte vor allem die erste Sitzung des Eingeborenenrates für West-Irian in einem neuerbauten Ratshaus in Hollandia, das ab nun Kotabaru heißt, eröffnen. Unter anderem wurden neue Hafenanlagen fertiggestellt, eine landwirtschaftliche Forschungsstation eröffnet, ein Hospital in Betrieb genommen, und zum ersten Male wurden Schulprüfungen von UN-Prüfern durchgeführt, die es den Schülern freistellten, ihre Examen in holländischer oder indonesischer Sprache abzulegen. Der Radiodienst wurde im ganzen Gebiet ausgebaut. Die Hauptaufgabe der provisorischen UN-Regierung war, die Verwaltung aus den Händen der Holländer zu übernehmen und sie nach der vorgesehenen Übergangszeit auf die Indonesier zu übertragen. Somit konnte ein direktes Aufeinanderstoßen holländischer und indonesischer Beamter vermieden werden. Diese Aufgabe ist den Vereinten Nationen gelungen. Ein neuer Präzedenzfall für die Nützlichkeit der Weltorganisation in einer schwierigen Mittlerrolle ist geschaffen worden.

4. Neue UN-Beobachtermission im Jemen

Die Situation im Jemen beschäftigte die Vereinten Nationen auf verschiedenen Ebenen. Ende Februar beschuldigte Präsident Abdallah Al Sallal vom Jemen in einem Schreiben an den Sicherheitsrat England „flagranter Aggression" gegen jemenitisches Gebiet und forderte dringende Maßnahmen, um diese Angriffe zu beenden. Es wurde behauptet, daß das Ziel der britischen Aktion sei, Eindringlingen von Saudi-Arabien her zu helfen, die dem entthronten Iman und den umzingelten Gegenrevolutionären in Hareb zu Hilfe eilen wollten. Die Engländer wiesen diese Behauptungen zurück und erklärten, Großbritannien habe gehandelt, um das Gebiet der Südarabischen Föderation (Aden) zu schützen. Jemenitische Streitkräfte seien in dieses Gebiet eingefallen, und Artilleriefeuer sei auf ihre Stellungen eröffnet worden. Die häufigen Grenzzwischenfälle in diesem Gebiet stammen daher, daß keine anerkannte Grenze zwischen dem Jemen und der Südarabischen Föderation besteht.

Inzwischen suchte Untergeneralsekretär Bunche als persönlicher Vertreter U Thants Frieden im Jemen zu stiften. Generalsekretär U Thant hatte mit der Jemen-Regierung und den Regierungen der Nachbarländer Fühlung aufgenommen, um eine Formel zu finden, wie die Vereinten Nationen helfen könnten, die Spannung in diesem Gebiet zu verringern. Während Saudi-Arabien und Jordanien die Partei des gestürzten Iman ergriffen haben, unterstützen ägyptische Truppen die neue Regierung. Bunche besuchte auf seiner Erkundungsmission verschiedene Städte im Jemen, hatte Besprechungen in Aden und in Kairo. Er gab nach seiner Rückkehr nach New York einen eingehenden Situationsbericht, und U Thant sucht durch die Kanäle der „stillen Diplomatie" nach Möglichkeiten, dem fast halbjährigen Bürgerkrieg im Jemen ein Ende zu setzen. Der Generalsekretär erklärte, daß sich das „psychologische Klima" während der letzten Wochen sehr verbessert habe. Die Vereinigten Staaten versuchten ebenfalls, die Spannungen zu beheben, und hielten ihn über den Fortgang ihrer eigenen Bemühungen auf dem laufenden.

Am 29. April unterzeichneten schließlich die Vereinigte Arabische Republik und Saudi-Arabien ein Abkommen, durch das sie sich zur Beendung ihrer Interventionen im Bürgerkrieg im Jemen verpflichteten. Am 30. April gab Generalsekretär U Thant bekannt, daß er den Stabschef der UN-Kommission für die Überwachung des Waffenstillstands in Jerusalem, den schwedischen Generalmajor von Horn, nach dem Jemen entsandt habe, um die Organisation einer neuen Beobachtermission der Vereinten Nationen zu übernehmen. Nach dem von Saudi-Arabien und der Vereinigten Arabischen Republik abgeschlossenen Vertrage wird eine entmilitarisierte Zone von je zwanzig Kilometern auf jeder Seite der Grenze zwischen Saudi-Arabien und dem Jemen errichtet. Eine Gruppe von etwa 50 UN-Beobachtern wird diese Zone kontrollieren wie auch die Häfen und Flugplätze, über die bisher ägyptische Hilfe in den Jemen geleitet wurde. Einige Flugzeuge und Kraftwagen werden für diese neue Beobachtermission der Vereinten Nationen benötigt.

5. Weltraumgesetzgebung

Der Unterausschuß für die juristischen Probleme des Weltraums hielt seine zweite Sitzung ab, um die Bemühungen zur

Schaffung eines Weltraumgesetzes fortzusetzen, damit „das große Abenteuer der Astronauten nicht durch Mangel an juristischer Verständigung behindert werde". Doch es herrschen Befürchtungen, daß die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über ein Raumgesetz erste Schritte für eine Zusammenarbeit im Raum zwischen diesen beiden Mächten verhindern könnten. Nach einjährigen russisch-amerikanischen Verhandlungen hatten die beiden Mächte kürzlich eine begrenzte Zusammenarbeit für Experimente mit Wetter- und Nachrichtensatelliten vereinbart. Jetzt scheint es so, daß die Sowjetunion nur dann zu dieser wissenschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist, falls Amerika den Sowjetvorschlägen für ein Raumgesetz zustimmt. Viele dieser Vorschläge, die wiederum dem UN-Ausschuß unterbreitet wurden, sind für die Vereinigten Staaten unannehmbar. Die jetzt vorgelegten Prinzipien sind im wesentlichen die gleichen, die dem Ausschuß im vorigen Jahre unterbreitet worden sind. Die Russen bestehen vor allem darauf, daß Vorhaben im Raum nur von Staaten durchgeführt werden dürfen. Dies würde wirtschaftliche Experimente, wie der von der amerikanischen Telephongesellschaft betriebene „Telstar" für Nachrichten und Fernsehübertragungen, ausschließen. Nach der Sowjetforderung sollte auch ein Bann gegen den Gebrauch militärischer, sogenannter Spionagesatelliten ausgesprochen werden. Die amerikanische Luftwaffe hat eine Reihe solcher „Samos"-Erkundungssatelliten abgeschossen.

6. Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat beriet im April über eine Beschwerde Senegals, daß zwei Flugzeuge aus Portugiesisch-Guinea Raketen auf das Grenzdorf Bouniak im Senegal abgefeuert sowie das Dorf unter Maschinengewehrfeuer genommen hätten. Eine Lehmhütte sei zerstört und ein Kind verletzt worden. Portugal seinerseits leugnete, daß ein solcher Zwischenfall überhaupt stattgefunden habe. Doch die Mitglieder des Rates kamen zu der Überzeugung, daß die Beschwerde zu Recht bestehe, aber die Mehrzahl war überzeugt, daß der Zwischenfall nicht bewußt herbeigeführt worden sei. In einem einmütigen Beschluß wurde das portugiesische Bombardement „bedauert", aber keine weitere Maßnahme gefordert. Die Entschließung, die von Ghana und Marokko vorgelegt worden war, fordert die portugiesische Regierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Verletzung der Souveränität Senegals und seiner territorialen Integrität vorzubeugen.

Anfang März forderte Ghana eine Tagung des Sicherheitsrates, um einen Bericht aus dem Jahre 1961 über den Tod des früheren kongolesischen Ministerpräsidenten Patrice Lumumba nach dessen seinerzeitigem erzwungenem Transport von Léopoldville nach Katanga zu prüfen. Dieser überraschende Schritt Ghanas stieß auf schärfsten Widerspruch der Regierung vom Kongo (Léopoldville), die ihn als unzulässigen Eingriff in ihre souveränen Rechte bezeichnete. Darauf zog Ghana seinen Antrag zurück und ersuchte den Sicherheitsrat, zur Zeit keine Aktion „wegen besonderer Vorstellungen der Kongo-Regierung" zu ergreifen.

Indien erhob in einem Schreiben an den Rat im März schärfsten Protest gegen ein kürzliches Abkommen zwischen Pakistan und Rotchina über die Festlegung eines Teiles der Kaschmirgrenze. In dem Protest wurde erklärt, daß das in Frage kommende Gebiet zu Indien gehöre und das Abkommen daher keinen anderen Status habe als den einer Aggression. Nach indischer Ansicht handelt es sich um ein Gebiet von über 5 000 Quadratkilometern, das Pakistan ungesetzlich an China abgetreten habe. Indien erklärt, daß Kaschmir ein integraler Teil seines Gebietes sei, und Pakistan ein Drittel des Landes unbefugt besetzt halte. Pakistan hingegen ist der Ansicht, daß Kaschmir seine Zukunft durch eine von der UNO empfohlene Volksabstimmung entscheiden solle. Der Delegierte Pakistans, Botschafter Zafrulla Khan, antwortete in einem Schreiben an den Rat, daß die indische Beschwerde ohne jede Grundlage wäre. Er betonte, daß das Abkommen mit Peking provisorisch sei und erneut beraten werden soll, wenn der Streit zwischen Pakistan und Indien über dieses Gebiet geregelt sein würde. Er wies den Vorwurf zurück, daß Pakistan über indisches Gebiet verfügt habe. Das Abkommen sei nur ein Versuch, die Grenzen festzulegen, um jede möglichen Mißverständnisse zu vermeiden.

Da zur Zeit direkte indisch-pakistanische Gespräche über eine mögliche Regelung des Kaschmir-Streites stattfinden, ergriff der Rat bisher keinerlei Maßnahme.

II. Fortgang der Entkolonialisierung

Es gibt noch rund 100 Territorien auf der Weltkarte, die meisten von ihnen verhältnismäßig kleine Tupfen, deren Völker bisher keine Selbstbestimmung haben. Doch einige dieser Gebiete sind reichlich groß, und ihr politischer Zustand als Reste des Kolonialismus bedeutet nach Ansicht vieler Mitglieder der Vereinten Nationen eine ständige Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Welt. Die Generalversammlung hatte daher einen permanenten Ausschuß geschaffen, der die Aufgabe hat, die Selbstbestimmung vorwärtszutreiben und Wachtposten darüber zu stehen, ob sich in den abhängigen Gebieten Situationen entwickeln, die Frieden und Sicherheit bedrohen. In diesem Falle sei der Weltsicherheitsrat zu alarmieren. Dieser aus 24 Mitgliedern bestehende Ausschuß tagte in der Berichtszeit und beschäftigte sich mit zahlreichen abhängigen Gebieten.

1. Sanktionen gegen Portugal gefordert

Tatsächlich beschloß der Ausschuß nach heftiger Debatte, die sofortige Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf die Lage in den Gebieten unter portugiesischer Herrschaft zu ziehen. Eine Entschließung wurde angenommen, die geeignete Maßnahmen des Rates, Sanktionen eingeschlossen, verlangt, um Portugals Mitarbeit an früheren UN-Entschließungen zu sichern, die Beendigung der Unterdrückung in diesen Gebieten sowie sofortige Schritte fordern, um ihre Unabhängigkeit herbeizuführen. Portugal erklärt weiterhin, daß diese Gebiete integraler Teil des Staates seien und die Vereinten Nationen deshalb kein Recht zur Intervention hätten. In der neuen Entschließung wird mit tiefem Bedauern und großer Sorge die fortgesetzte Weigerung Portugals vermerkt, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, und seine Haltung den Gebieten gegenüber auf das schärfste verurteilt. Es wird erklärt, daß Portugal seine Unterdrückungsmaßnahmen gegen die eingeborene Bevölkerung in Angola und anderen Gebieten fort- und zu diesem Zwecke militärische Kräfte einsetze. Die Entschließung wurde mit 19 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Für sie stimmten die 12 afroasiatischen Mitglieder des Ausschusses sowie Jugoslawien, die Sowjetunion, Bulgarien und Polen. Der Stimme enthielten sich die USA, Großbritannien, Australien, Dänemark und Italien. Die Ansicht dieser 5 Staaten war, daß Sanktionen nicht das richtige Mittel seien, und daß neue Bemühungen fruchtbarer sein könnten, Portugal zu überreden, den Bevölkerungen seiner Territorien die Selbstbestimmung zu gewähren.

2. Südrhodesien — Gespräche in London

Der Ausschuß beschloß ferner, einen Unterausschuß nach London zu entsenden, um die Aufmerksamkeit der Britischen Regierung auf die explosive Lage in Südrhodesien zu lenken und sie um Durchführung der von der Generalversammlung gefaßten Entschließungen über dieses Gebiet zu ersuchen. Die Versammlung hatte im besonderen gefordert, daß die

derzeitige Verfassung Südrhodesiens durch eine neue ersetzt werde, die die Rechte der afrikanischen Mehrheit sichere. Großbritannien hatte erklärt, daß es eine solche Änderung nicht erzwingen könne, da Südrhodesien innere Selbstverwaltung habe. Doch London stimmte zu, die Vertreter des Entkolonisierungsausschusses am 22. April zu empfangen, um über die Situation zu sprechen. Der Ausschuß appellierte erneut an Großbritannien, alle Maßnahmen zu ergreifen, um einer Verschärfung der bereits explosiven Situation vorzubeugen; er wies auf die schweren Folgen hin, die die Forderung der Minderheitsregierung Winston Fields' nach sofortiger Unabhängigkeit Südrhodesiens haben würde. Der Präsident der Afrikanischen Volksunion Südrhodesiens, der aktivsten afrikanischen Bewegung in diesem Gebiet, Joshua Nkomo, hatte vor dem Ausschuß zuvor ausgesagt, daß die Bevölkerung Südrhodesiens sich nicht einer starren Regierung weißer Rassenrechtler beugen könne, die die völlige Zerschlagung der afrikanischen Opposition suche.

3. Südwestafrika und Aden

Der Entkolonisierungsausschuß beschäftigte sich anschließend mit der Lage in Südwestafrika, der früheren deutschen Kolonie, die von der Südafrikanischen Union unter einem Mandat des alten Völkerbundes verwaltet wird. Die Debatte schloß mit einer erneuten Verurteilung Südafrikas, mit besonderer Betonung der Apartheid-Maßnahmen, die die Verwaltungsmacht durchgeführt hat. Es wurde kein Beschluß gefaßt; mehrere Sprecher forderten Entzug des Mandates und Errichtung einer Form direkter UN-Präsenz in Südwestafrika, um das Gebiet auf Unabhängigkeit vorzubereiten. Auch der amerikanische Vertreter schlug vor, daß Maßnahmen erwogen werden sollen, um Südafrika dazu zu bringen, eine permanente oder zeitweilige UN-Präsenz zu akzeptieren. Der britische Vertreter sagte, es wäre unweise, eine endgültige Aktion zu beginnen, ehe der Internationale Gerichtshof, dem die Frage Südwestafrika vorliege, sein Urteil gefällt habe. Indien forderte Übergabe der Frage an den Sicherheitsrat. Eine Gruppe prüft jetzt die verschiedenen Vorschläge.

Dann ging der Ausschuß zu einer Debatte über das Protektorat Aden über, das durch Vertrag an Großbritannien geknüpft ist. Der Vertrag reserviert England die Außenpolitik und Landesverteidigung, betont aber als Endziel die Unabhängigkeit. Die arabischen Mitglieder des Ausschusses schlagen Entsendung einer UN-Mission nach Aden und das Hinterland vor, um festzustellen, welche Schritte unternommen werden könnten, um das Recht auf Selbstbestimmung zu sichern, wobei die Möglichkeit einer Vereinigung mit dem Jemen erhofft wird. Großbritannien steht in scharfer Opposition gegen den Besuch einer solchen Mission.

III. Finanzierungssorgen und Polizeitruppe

Zwei Monate lang beriet die aus 21 Mitgliedern bestehende „Arbeitsgruppe zur Prüfung der budgetären Verfahren der UN", die von der Generalversammlung eingesetzt worden war, die Möglichkeiten, wie vor allem die „Friedenserhaltenden Funktionen" der Weltorganisation finanziert werden könnten. Zum Schluß der langen Beratungen erklärte die Gruppe, es sei ihr nicht möglich gewesen, zu einer Empfehlung zu gelangen, die die allgemeine Zustimmung ihrer Mitglieder gefunden hätte. In einem Bericht zuhanden der Sondertagung der Generalversammlung, die am 14. Mai zusammentritt, erklärte die Arbeitsgruppe, sie habe die verschiedenen individuellen Ansichten der Mitglieder zu verschiedenen Prinzipien feststellen können. Viele Mitglieder stimmten überein, daß zur Finanzierung künftiger friedenserhaltender Operationen die kollektive Verantwortung aller UN-Mitglieder in Betracht gezogen werden sollte sowie die Fähigkeit der verschiedenen Mitglieder, die erforderlichen

Im Auftrag von Papst Johannes XXIII. überreichte Kardinal Suenens, Erzbischof von Mechelen-Brüssel und Primas von Belgien, dem Generalsekretär am 13. Mai in New York eine Sonderanfertigung der Enzyklika FRIEDEN AUF ERDEN mit eigenhändiger Widmung.

Beiträge zu leisten. Doch über die Durchführung solcher Prinzipien herrschten weitgehende Differenzen. Es wird von der Arbeitsgruppe berichtet, daß 67 der 110 Mitgliedstaaten mit Zahlungen für die Operationen im Kongo in Verzug seien, während 57 Mitglieder noch Zahlungen für die UN-Friedensarmee im Nahen Osten zu leisten hätten. In einem Arbeitspapier, das von Argentinien, Brasilien, Indien, Kamerun, Nigeria und Pakistan vorgelegt wurde, werden die Staaten, die aus politischen oder juristischen Gründen ihre Zahlungen zurückhalten, aufgefordert, durch Zahlung ihrer Beiträge besondere Anstrengungen zu machen, um die finanziellen Schwierigkeiten der Weltorganisation zu beheben. Den Ländern, die wegen eigener pekuniärer Schwierigkeiten in Verzug sind, werden besondere Abmachungen mit dem Generalsekretär empfohlen, um vielleicht durch Teilzahlungen ihre Rückstände aufzuholen. Der Sowjetblock steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß er der Weltorganisation kein Geld schulde, da alle Fragen, die die friedenserhaltende Mission der Vereinten Nationen beträfen, einzig und allein in den Bereich des Sicherheitsrates fielen, und hierzu gehöre auch die Finanzierung. Auch Frankreich verweigert die Zahlungen, da es nicht für die UN-Maßnahmen im Kongo gestimmt habe. Die Vereinten Nationen glauben, die Abwicklung ihrer militärischen Phase im Kongo, die Ende des Jahres beendet sein soll, aus den Erträgen der UN-Anleihe finanzieren zu können. Die am 14. Mai beginnende Sondertagung der Generalversammlung hat sich vor allem mit der Finanzierung künftiger Friedensaktionen zu befassen. Sie muß in ihren Beratungen

von vorne beginnen, nachdem die von ihr eingesetzte Arbeitsgruppe keine Empfehlung geben konnte. Langwierige Beratungen werden erwartet, da die Sowjetunion durch ihr finanzielles Veto die Generalversammlung zwingen will, in Zukunft auf Beschlüsse zur Entsendung von UN-Truppen zu verzichten, weil dies Aufgabe des Sicherheitsrates sei. Sämtliche bisherigen UN-Friedenstruppen wurden nach Beschlüssen der Generalversammlungen zusammengestellt. Eine Hilfe, die die finanziellen Lasten in Zuknuft vermindern mag, wird von den skandinavischen Ländern angeboten. Schweden, Norwegen und Dänemark haben bekanntgegeben, daß sie gemeinsam eine UN-Einheit von 3 000 Mann als bereitstehende Reserve als Polizeimacht zur Verfügung stellen wollen. Seit vielen Jahren wurde versucht, eine ständige UN-Polizei aufzustellen, doch der Generalstabsausschuß des Sicherheitsrates ist seit August 1948 — das heißt seit 15 Jahren — festgefahren. Versuche der Generalversammlung zur Aufstellung einer ständigen Polizeimacht wurden nach einer Debatte im Jahre 1959 aufgegeben. Die ständige skandinavische Reserve würde von den drei Ländern finanziert werden.

IV. Wirtschaftliche und soziale Tätigkeit

1. Soziale Weltlage

Der Wirtschafts- und Sozialrat hielt seine diesjährige Frühjahrstagung in New York vom 24. April bis zum 10. Mai ab. Die Betonung während der ersten Sitzungen lag auf Entwicklungsplanung im Rahmen der UN-Entwicklungsdekade. Die Notwendigkeit für eine ausgeglichene Entwicklung und Ausführung der kommenden Beschlüsse über die Planung hinaus wurde allgemein anerkannt. Angesichts der Tatsache, daß nicht nur in Industriestaaten, sondern auch in Entwicklungsländern militärische Ausgaben einen großen Teil der nationalen Budgets ausmachen, wurde auf die ungenügenden Finanzierungsmittel hingewiesen, deren Mangel ein Haupthindernis für sozialen Fortschritt in den meisten Ländern ist. In der Welt werden heute mehr als 120 Milliarden Dollar — das sind 480 Milliarden Mark — für Militärausgaben verwendet. Von vielen Rednern wurde darauf hingewiesen, wie groß der Nutzen für die Menschheit sein könnte, wenn ein Teil der Energien und Gelder für militärische Verwendung in wirtschaftliche und soziale Entwicklung umgeleitet werden könnte. Doch seit 1950 wurde kaum ein Fortschritt in der Lösung dieses wesentlich politischen Problems erzielt. Den Beratungen lag vor allem ein Bericht über die „Soziale Weltlage" vor, der von den Delegierten eifrig studiert wurde.

„Ein schockierendes Dokument" nannte der amerikanische Delegierte diesen Bericht, der in seiner Ausführlichkeit ein ungeschminktes Bild der sozialen Entwicklung unserer Welt während des letzten Jahrzehnts gibt. Hartnäckige Armut beherrscht weite Teile unserer Erde. Trotz aller Fortschritte leben mehr Menschen auf einem niedrigeren Lebensstandard, es gibt in vielen Gebieten mehr Wohnungslose, mehr Arbeitslose, mehr Kranke und mehr jugendliche Kriminelle als vor einem Jahrzehnt. Der ganze Bericht ist von der Bevölkerungsfrage beherrscht und zeigt, daß die beschleunigt wachsende Bevölkerung wie eine Sturmflut gegen sämtliche Bemühungen um Fortschritt anprallt. Die Kluft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern klafft weiter auseinander denn je. So zeigt ein Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN den Kontrast zwischen Weltarmut und Prosperität an einem Beispiel: Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Ostasien mit nur einem Viertel der vorhandenen Weltnahrung, während 29 vH der Weltbevölkerung, die in Europa, Nordamerika und Ozeanien leben, 57 vH dieser zur Verfügung stehenden Nahrung verzehren können. In den übrigen Teilen der Welt ist die Situation besser als im Fernen Osten, aber bei weitem nicht zufriedenstellend.

2. Bericht über eine Dekade sozialer Entwicklung

Zum ersten Male haben sämtliche Organisationen der Vereinten Nationen gemeinsam einen derartigen in die Tiefe gehenden Bericht über die soziale Weltlage über eine bis auf 1950 zurückgehende Periode zusammengestellt und dem Wirtschafts- und Sozialrat unterbreitet. Die Dokumente, die in zwei dicken Bänden zusammengefaßt sind, geben das folgende allgemeine Bild:

Der soziale Fortschritt ist auf den verschiedenen Entwicklungsebenen ungleich, sowohl in Einzelländern wie in den verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb dieser Länder. In den Entwicklungsländern wurden große Fortschritte im Gesundheitswesen und in der Erziehung gemacht, während die Ernährungsentwicklung weniger zufriedenstellend war. Völlig unzureichend ist die Entwicklung im Wohnungsbau, in Beschäftigung, Einkommen und Verbrauch, besonders unter den ärmeren Klassen in ärmeren Ländern, wo überhaupt keine Besserung festgestellt werden konnte. „Die Revolution wachsender Hoffnungen" in diesen Ländern schritt viel schneller voran als der Lebensstandard. Das statistisch so spektakuläre Absinken der Todesrate während dieser Dekade hat größere Bedeutung für die Quantität als die Qualität des Lebens gehabt. In den Entwicklungsländern leiden noch schätzungsweise 900 Millionen Menschen unter durch Unterernährung verursachten Krankheiten. In den Industrieländern, in denen diese Krankheitserscheinungen beinahe unbekannt sind, geben hingegen Herzkrankheiten, Krebs, Geisteskrankheiten und die Unfallhäufigkeit, meist durch Autounfälle, zu steigender Besorgnis Anlaß.

Die Quantität der Erziehung hat überall erheblich zugenommen, aber eine Anpassung der Erziehungssysteme an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist erforderlich. Trotz des Anstieges der Geschulten ist in einer Reihe von Ländern die Zahl der Analphabeten durch die rapide Bevölkerungszunahme stark gewachsen. Das persönliche Einkommen, das als nur bedingter Wertmesser sozialen Fortschrittes bewertet werden kann, zeigt in armen Ländern den geringsten Anstieg, und auch auf diesem Gebiet ist die Kluft zwischen armen und reichen Ländern gewachsen. Schnellstes Wachstum erfolgte in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Griechenland, Israel und Japan. Das Einkommen wuchs auch in schnellerem Tempo in den Ländern mit zentraler Planung, also in Osteuropa. Die Einkommensverteilung steht in vielen Entwicklungsländern in einem vollkommenen Mißverhältnis. Hier kam die Steigerung des Sozialproduktes der Minderheit der bereits Wohlhabenden zugute. In den reicheren Ländern scheinen besonders Minderheitengruppen benachteiligt. Beste Fortschritte in der Einkommensverteilung machten die europäischen Länder, in denen es zur Zeit keine Arbeitslosigkeit gibt.

3. Der Druck steigender Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung hat sich in einem Jahrzehnt um etwa 485 Millionen vermehrt, das heißt um 19 vH, und es wird geschätzt, daß sie im Jahre 2 000 auf über 6 Milliarden gestiegen sein wird. In Afrika, Asien und Lateinamerika beträgt die Geburtenrate über 35 auf 1 000, während sie in den Industrieländern zwischen 15 und 25 je 1 000 schwankt. Die Demographen wenden sich gegen jede Generalisierung günstiger oder ungünstiger Wirkungen des Bevölkerungswachstums auf das wirtschaftliche Wachstum. Hier kommt es auf verschiedene Faktoren, wie die Wachstumsrate, den Stand der Technik und der verfügbaren Rohstoffquellen an. Wo

Rohstoffquellen spärlich und die Technik unentwickelt ist, und es vor allem an anbaufähigem Lande fehlt, wie in vielen Teilen Asiens, hat der Bevölkerungsanstieg der Verbesserung des Lebensstandards entgegengewirkt. In westlichen Ländern hingegen hat das Wachstum zum Anwachsen der verfügbaren Arbeitskräfte geführt, das zusammen mit Produktionssteigerung pro Arbeiter günstige Resultate zeigt.

Obgleich das Thema Geburtenkontrolle wegen seiner kontroversen Natur in den Vereinten Nationen bisher gemieden wurde, wird der Kommission für Sozialfragen angeraten, daß die Weltorganisation den Mitgliedstaaten beim Studium dieses Problems behilflich sein soll. Die Notwendigkeit irgendeiner Art von Kontrolle in den Entwicklungsländern stehe außer Frage. Das Problem, das die Kontroverse schaffe, sei nicht, ob Familien in überbevölkerten, unterentwickelten Gebieten überhaupt Geburtenkontrolle ausüben sollten, sondern ob der Staat unter gewissen Umständen durch Einsatz moderner Methoden das Recht habe, diese Kontrolle zu propagieren.

4. Sozialer Strukturwechsel

Angesichts des raschen technischen Fortschritts meistern die entwickelten Länder schneller einen Strukturwechsel als die unterentwickelten Gebiete. Überschüssige Arbeitskräfte, beispielsweise aus Landwirtschaft, Bergbau und Textilindustrie, müssen umgeschult werden. Es besteht ein Überschuß an ungeschulten Kräften, während in den neu wachsenden Industrien geschulte Kräfte fehlen. Die Situation schafft schwere soziale und wirtschaftliche Probleme, die sich besonders in Nordamerika fühlbar machen, jedoch auch in Westeuropa auftauchen.

Die Studie zählt die Sorgen auf, die sich vor allem in Nordamerika, aber auch in Westeuropa in dieser Dekade vertieft haben: Leben von Minderheitengruppen — vor allem in Amerika — unter Substandardbedingungen, oft in Slums, die hinter der technischen Entwicklung und dem dadurch bedingten Strukturwandel zurückbleiben. Ungenügender Status der älteren Bevölkerung in der modernen Gesellschaft, Unruhe unter der Jugend, Jugendarbeitslosigkeit wegen ungenügender Kenntnisse, Steigen der Jugendkriminalität, zu starke psychologische Spannung, unnötiger Zeitverlust durch zu weite Ausdehnung der Städte und Verkehrsverstopfung. Weitverbreitete Furcht, die aus dem ideologischen Weltkonflikt und der Drohung eines Atomkrieges entsteht. In den Entwicklungsgebieten Afrikas überschattet der Trend, alte Traditionen in neue Nationalstaaten zu formen, und die Organisierung dieser Staaten alle übrigen Fragen. In Asien stehen die Probleme, die sich aus allgemeiner Armut und dem gewaltigen Bevölkerungsdruck ergeben, im Vordergrund. Hier ist auch die Suche nach einem Wandel sozialer Strukturen am stärksten. Lateinamerika und der Mittlere Osten zeigen eine starke, aber unausgeglichene Entwicklung. In allen Entwicklungsländern ragen folgende gemeinsame Probleme heraus:

Das schnelle Bevölkerungswachstum stellt zu hohe Ansprüche an soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Der durch Erfolge auf dem Gesundheitswesen steigende Bevölkerungsdruck ist größer als die wachsende Produktion. Die Kluft zwischen der Minderheit in der modernen Wirtschaft und den Massen wächst. Zu großer Verbrauch im Reichtum, der oft durch schnellen Verdienst ohne Rücksicht auf soziale Entwicklung erzielt wurde, inmitten großer Armut. Zu langsame landwirtschaftliche Entwicklung und Abwanderung der wenigen qualifizierten Kräfte aus den größten Notgebieten lähmen den Fortschritt.

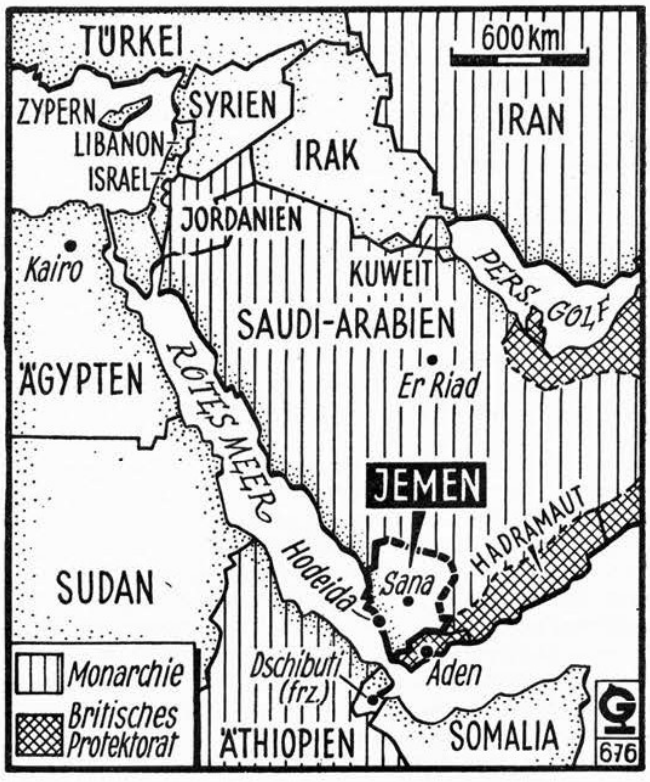
Auf der Aktivseite verzeichnet der Bericht der Vereinten Nationen jedoch das Wachsen einer neuen internationalen Ethik gegenseitiger Hilfe und gegenseitigen Beistandes — eine weltweite Bewegung für Entwicklungshilfe.

5. Kommission für die Rechtsstellung der Frau

Die Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau hielt im März ihre Tagung in New York ab und beschäftigte sich mit Fragen der politischen und wirtschaftlichen Rechte der Frau, ihrer Stellung im Zivilrecht und ihren Möglichkeiten für höhere Ausbildung. Der Untergeneralsekretär C. V. Narasimhan betonte vor der Kommission, daß seit dem Jahre 1946 große Fortschritte in der Sicherung politischer Frauenrechte gemacht worden seien. Damals hatten Frauen nur in 40 Staaten politische Rechte, während sie heute in 100 Ländern solche Rechte besitzen. In fast allen jetzt unabhängig gewordenen Staaten haben Frauen die gleichen politischen Rechte wie die Männer. Der jüngste Staat, der gleiche Frauenrechte verkündet habe, sei der Iran, wo ab nun Frauen wahlberechtigt und wählbar seien. In einem Bericht vor der Kommission wird angeführt, daß Frauen noch in 9 Ländern kein Wahlrecht haben, und zwar: Afghanistan, Irak, Jordanien, Libyen, Liechtenstein, Nord-Nigeria, Saudi-Arabien, Schweiz und Jemen. In fünf weiteren Ländern seien ihre Rechte den Männern gegenüber begrenzt: Guatemala, Portugal, San Marino, Sudan und Syrien.

Die Kommission nahm mehrere Entschließungen an, die dazu bestimmt sind, Frauenrechte auf verschiedenen Gebieten zu sichern. Regierungen wurden aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, daß Frauen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung die gleichen Möglichkeiten haben sollen wie die Männer. Der Generalsekretär wurde gebeten, die Möglichkeiten zu prüfen, wie Projekte für die Förderung der Frau in Entwicklungsländern durchgeführt werden können. Weiterhin wurde ein Studium vorhandener internationaler Mittel angeregt, die für den Fortschritt der Frau eingesetzt werden können, um volle Teilnahme der Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu ermöglichen.

Um eine gefährliche Entwicklung an den Grenzen Jemens zu stoppen, senden die Vereinten Nationen im Einvernehmen mit den beteiligten Mächten Jemen, Vereinigte Arabische Republik und Saudi-Arabien gegenwärtig eine militärische Mission unter der Leitung des schwedischen Generals von Horn in das Krisengebiet.



Der Akzent der Tagung lag in der Suche nach Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung der Frau in den jungen Nationen mit Hilfe der dort arbeitenden Organe der Vereinten Nationen.

Schluß

Die Berichtszeit umfaßt eine Zwischenperiode bis zum Zusammentritt der Sonderkonferenz für die Finanzierung von Friedensaktionen am 14. Mai. Diese Tagung der Generalversammlung mag entscheidende Bedeutung für die weitere Zukunft der Weltorganisation haben. Denn gerade ihre politische Feuerlöschtätigkeit seit der dramatischen Suezkrise hat die Vereinten Nationen zu dem wichtigen Organ gemacht, das sie heute sind. Das reguläre Budget für das Funktionieren der Organisation an sich ist nicht gefährdet. Aber die Delegierten werden endlich entscheiden müssen, woher das Geld für Friedenspolizei, Vermittlungsaktionen an Ort und Stelle, Sorge für Einhaltung eines Waffenstillstands oder neutrale Beobachter kommen soll. Sie müssen entscheiden, ob es in Zukunft ein finanzielles Veto geben darf, das die Organisation lähmen würde. Die Zeit der Überbrückungsmaßnahmen, wie es die UN-Anleihe für den Kongo eine ist, ist vorüber, zumal der größte Geldgeber, die Vereinigten Staaten von Amerika, erklärt hat, er werde in Zukunft nicht mehr in die Tasche greifen, um die Lücken zu stopfen, die dadurch entstehen, daß andere Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Doch auch in dieser Zwischenperiode wurde viel gearbeitet; wir können in unserer Übersicht bei weitem nicht alle Verhandlungen nennen, die im Rahmen der Vereinten Nationen durchgeführt wurden. Ein besonders umfassendes Werk war der weitausholende Bericht über die soziale Weltsituation und deren Entwicklung während des letzten Jahrzehnts, auf den der Sozialausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates die Beratungen seiner jetzigen Tagung stützt. Zum ersten Male ist ein demographisches, wirtschaftliches und soziales Werk, das die ganze Welt erfaßt, in diesem Umfang zusammengetragen worden. Der Kampf gegen Hunger und Not wurde in den letzten beiden Monaten verstärkt vorgetragen. Er ist nicht so sensationell wie politische Kämpfe. Er verspricht keinen nahen Sieg. Doch die Vereinten Nationen spielen ihre wichtige Rolle in der weltweiten Entwicklungsperiode.

(Abgeschlossen am 1. Mai 1963)

Menschenrecht und Macht

DR. WILHELM WOLFGANG SCHÜTZ
Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Die Kommission für Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen errichtet wurde, hat ihre diesjährige Tagung in Genf beendet. Die 21 Delegierten arbeiten seit Jahren an einer für alle Staaten verbindlichen Erklärung, einer Charta der Menschenrechte. In diesem Jahr wurde ein Entwurf verabschiedet, in dem jede Diskriminierung aus Gründen der Rasse verworfen wird. Einstimmig beschlossen die Vertreter des Westens, des Ostblocks, der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, daß es eine Beleidigung der menschlichen Würde sei, wenn jemand wegen seiner Rasse, seiner Hautfarbe, seiner Volkszugehörigkeit benachteiligt würde. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sollten alles tun, um zu erreichen, daß niemand aus solchen Gründen in seinem Beruf, seiner Erziehung, seiner Religionsausübung behindert werden darf. Gesetze, die dagegen verstoßen, müßten geändert werden. Auf der nächsten Sitzung in New York wird zur Freiheit der Religion und zu den politischen Freiheitsrechten gesprochen und wahrscheinlich Beschluß gefaßt werden.

Der skeptische Europäer, der sich vielleicht fragt, in welcher Weise diese guten Grundsätze praktisch verwirklicht werden sollen, begeht einen Fehler. Eine ganze Reihe von Staaten sind in der Menschenrechtskommission durch ihre Botschafter bei den Vereinten Nationen vertreten, also durch erfahrene Diplomaten höchsten Ranges. Für diese und damit für viele Außenministerien in vielen Hauptstädten sind die reinen Machtfragen natürlich genauso klar wie für irgendeinen Bierbankpolitiker in Europa. Ebenso sehen sie aber, daß für die künftige Ordnung internationaler und nationaler Beziehungen Grundrechte erforderlich sind. In vielen Staaten und in allen Völkern herrscht eine tiefe Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit. Es wäre eine miserable Außenpolitik, diese Hoffnung, diese tiefe Überzeugung der Völker nicht anzusprechen.

Weiterhin: Die Vereinten Nationen heben mit Zustimmung aller Staaten — oder fast aller — das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten auf, wenn es um Menschenrechte geht. Immer wieder haben die Vereinten Nationen die Verletzung von Menschenrechten in einzelnen Staaten öffentlich debattiert. Immer wieder haben sie Druck, schweren Druck ausgeübt, um unterdrückten Menschen und unterjochten Völkern Freiheitsrechte zu erwirken. Das Bemerkenswerte an diesem Vorgang ist, daß von Fall zu Fall alle Staaten sich an dieser Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten beteiligten. Die bündnisfreien Staaten und der Ostblock stimmen gemeinsam mit vielen westlichen Regierungen in den Debatten über Südafrika und Angola. Die meisten bündnisfreien Staaten stimmen mit dem Westen in den Entschließungen über Ungarn. Wenn Schritte in der Richtung auf vermehrte Freiheit in Ungarn stattfinden, dann haben ohne Zweifel die Vereinten Nationen ihren ehrenvollen Anteil daran.

Hier zeigt sich also eine gewaltige Möglichkeit, Unrecht und Gewalttat anzugreifen. Hier kann der Terror sich nicht hinter Grenzen verschanzen. Gewiß, es sind nicht ausreichende Machtmittel vorhanden, um internationale Rechtsgrundsätze, Menschenrechte, Freiheitsrechte auch im Lande eines Übeltäters durchzusetzen. Aber die öffentliche Meinung stellt einen Machtfaktor dar. Die Bemühungen aller Regierungen, aller politischer Kräfte in allen Ländern richten sich auf diese Weltmeinung. Vor allem im Westen muß alles getan werden, um die Bemühungen um die Menschenrechte zu stärken. Sonst verliert der Westen in Afrika, Asien und Lateinamerika seine Glaubwürdigkeit, und wesentliche Möglichkeiten, den Unterdrückten, auch in Europa, in der Zone, zu helfen, werden versäumt.

Jedermann ist natürlich bereit, sich zu den Menschenrechten zu bekennen. Vor allem ist jedermann gewillt, die Menschenrechte für sich und die Seinen zu beanspruchen. Die wenigsten aber wissen, was die Menschenrechte sind. Ein Gefühl dafür ist immerhin tief in allen Menschen verwurzelt. Es reicht an das Gewissen des Menschen. In allen Religionen stehen Normen, Gesetze und Gebote, die von Gott sind. Doch zu allen Zeiten beugten sich Menschen und Völker der Gewalt, die dem Menschenrecht gegenübersteht. Somit ist es nur allzu verständlich, daß sich auch in